



Entschließungsantrag

—

Fraktion Die Linke

Wohnen in Sachsen-Anhalt

Große Anfrage Fraktion Die Linke - **Drs. 8/3383**

Antwort Landesregierung - **Drs. 8/3924**

Unterrichtung Landtag - **Drs. 8/3969**

Der Landtag wolle beschließen:

Bezahlbares Wohnen für alle ermöglichen und Landeswohnungsbaugesellschaft gründen

1. Die Landesregierung wird aufgefordert,

- a) zur Kenntnis zu nehmen, dass es auch in Sachsen-Anhalt einen Mangel an bezahlbarem Wohnraum vor allem auf dem privaten Wohnungsmarkt gibt, besonders für Ältere, Auszubildende sowie Geringverdienende und Alleinerziehende,
- b) zur Kenntnis zu nehmen, dass Sachsen-Anhalt das Bundesland mit den niedrigsten Löhnen ist und somit die Kosten des Wohnens nicht „durchschnittlich“, sondern regional betrachtet werden müssen, weil attraktive Lagen und Viertel besonders in den Städten für Menschen mit geringen Mitteln unerschwinglich sind und werden und die Armuts-Segregation in den Oberzentren steigt,
- c) die Richtlinien zur sozialen Wohnraumförderung (Mietwohnungsbau-RL) unverzüglich umsetzbar zu überarbeiten, damit die Mittel beantragt und abgerufen werden können,
- d) die vorgesehenen Mittel für das anstehende Aufzugsprogramm aufzustocken sowie den Bau von barrierearmen Wohnungen bedarfsgerecht und verpflichtend umzusetzen sowie

e) nach dem Vorbild des Landes Niedersachsen eine Landeswohnungsbaugesellschaft zu gründen.

2. Folgende Zielstellung soll die Landeswohnungsbaugesellschaft gewährleisten:

- a) sich dafür einzusetzen, dass die zur Förderung eingesetzten Steuergelder für den Sozialen Wohnungsbau erhalten bleiben und nicht durch den Herausfall aus Belegungsbindungen in den profitorientierten privaten Mietmarkt verloren und zur Verwertung gehen, sondern eine dauerhafte Bindung des geförderten Wohnraums bleibt,
- b) dass im Bestand mit den Fördermitteln mehr bezahlbarer Wohnraum besonders in den Zentren geschaffen wird, um eine Durchmischung in den Vierteln zu ermöglichen,
- c) die Kommunen sowie die kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen zu unterstützen für langfristig planbaren und nachhaltigen Erhalt bezahlbaren Wohnraums und ihres Wohnungsbestandes,
- d) den bisher noch von der Investitionsbank verwalteten Wohnraumförderfonds transparent zu nutzen und die Fördergelder für die soziale Wohnraumförderung nicht weiter in die Förderung von Privateigentum und selbstgenutztem Eigentum zu verwenden und
- e) über das Förderprogramm „Junges Wohnen“ hinaus weiteren bezahlbaren Wohnraum für Studierende und Auszubildende zu schaffen.

Begründung

Die Begründung erfolgt mündlich in der Aussprache zur Antwort zur Großen Anfrage Drucksache 8/3924.

Eva von Angern
Fraktionsvorsitz